

Tendenz



Info der Radikaldemokratischen Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Radikaldemokratischen Bildungswerk e.V. Netzwerk der ehemaligen Jungdemokrat*innen/Junge Linke, DJD, LHV, Radikaldemokratischen Hochschulgruppen, und des LSD.
www.radikaldemokratische-stiftung.org

Nr. 2/2022 17.4. 2022

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde, als wir hier im Dezember das Vorwort zum ersten **Tendenz** der post-Jungdemokrat*innen Ära geschrieben haben, gingen wir noch davon aus, dass unsere Erfahrungen mit internationalen Krisen und Bedrohungen und nicht zuletzt die Lehren der Entspannungspolitik in Europa Anlass genug waren, um noch an einen rationalen Politikprozess im Interesse einer friedlichen Lösung in der Ukraine zu glauben.

Wir haben uns getäuscht. Niemand von uns hätte damit gerechnet, dass Russland die Ukraine militärisch überfällt und damit nicht nur Völkerrecht verletzt, sondern auch alle bisherigen Abkommen vom Gewaltverzicht in der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1974, die Schutzgarantien, die Russland gemeinsam mit Großbritannien und den USA bei der Rückgabe der Atomwaffen an Russland 1994 für deren territoriale Integrität gegeben haben ebenso wie das Abkommen von Minsk, das nach dem Einmarsch russischer Truppen und "Freischärler" in die Krim und Ostukraine einen Waffenstillstand und eine friedliche Entwicklung - von Deutschland und Frankreich vermittelt - ermöglichen sollte. Mit dem Bruch dieser Verträge hat Wladimir Putin jede Glaubwürdigkeit als Vertragspartner verloren. Für eine Verhandlungslösung eine schwere Hypothek: Wer soll einer russischen Sicherheitsgarantie noch zukünftig glauben?

Viele von uns nahmen in der Vergangenheit an "tätiger Ostpolitik" teil, hanem internationale Jugendaustausch- Dialog- und Begegnungsmaßnahmen im "kalten Krieg" und danach besucht. Diese waren immer als Beitrag gemeint, zu verhindern, dass es in Europa je wieder Krieg geben dürfe. Wir sind fassungslos angesichts dieses Krieges, aber wir sind auch sicher, dass diese Form der Verständigung wichtiger ist, denn je.

Viele haben die Ostausdehnung der NATO, die 1990 wenn auch nicht vertraglich festgehalten, ausgeschlossen worden war, kritisiert. Aber das rechtfertigt nicht einen Überfall auf den angeblichen "Bruderstaat" Ukraine. Die irrationalen Begründungen Putins für diesen Krieg und die ideologische Begleit"musik" autoritär-militaristischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts lassen darauf schließen, dass die real existierenden Kleptokraten Russlands ebenso wie Belarus' nicht aus Furcht vor der NATO, sondern aus Angst vor demokratischen Prozessen in der eigenen Zivilgesellschaft handeln.

Viele Fragen zu diskutierten:

- * **Was** bedeutet dieser Krieg für die Friedens- und Entspannungspolitik?
- * **Kommt** jetzt die Geschichtsrevision gegen die sozialliberale Politik?
- * **Müssen** wir unsere Konzepte überdenken und weiterentwickeln?
- * **Ist** Aufrüstung der Bundeswehr und der NATO die richtige Antwort auf Putins Krieg?
- * **Start** der neuen Aufrüstungsspirale?

* **Wie** geht Europa mit schwarzen und weissen Flüchtlingen um, was hat sich in Europa geändert?

* **Wer** sind die modernen Kriegsgewinnler? Oelkonzerne, Rüstungslobby, Spekulanten mit Rohstoffen und vor allem Nahrungsmitteln?

* **Welche** Chance haben Konzepte zur Abrüstung und des zivilen Widerstands angesichts des brutalen Waffeneinsatzes und entschlossenem Widerstand bis zum bitteren Ende?

* **Wie** verändern sich Rolle und Wirkung der Medien im Krieg?

.....u.v.a.....

Wir alle werden weiter auf diesem Planeten ums Überleben der Menschengemachten Klimakatastrophe kämpfen. Ein Grund mehr, den sofortigen STOP des Krieges zu fordern.

Wir arbeiten daran, für den Diskussionsbedarf, den wir wahrnehmen, eine Plattform anzubieten, diese Fragen zunächst in Online-Treffen zu erörtern und planen im Sommer mindestens eine Präsenzveranstaltung des Radikaldemokratischen Bildungswerks e.V. - natürlich zum Thema Frieden.

Mehr auf den nächsten Seiten dieses **Tendenz**. Bitte seht uns nach, wenn wir die im letzten **Tendenz** begonnene Kommentierung der Koalitionsvereinbarung nur soweit fortsetzen, wie bereits Beiträge vorliegen.

Wir wünschen uns allen Frieden.

Der Vorstand des RDB e.V.

Koalitionsvertrag

„Trennung von Staat und Kirchen umsetzen: Eine Chance für die Ampel“

von Jürgen Roth, stv. Bundessprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Säkulare Grüne

Ich sehe Die Mitgliederzahl der beiden christlichen Großkirchen fällt in diesem Jahr unter die historische Marke von 50 Prozent. Ihr moralischer Herrschaftsanspruch ist ohnehin futsch, wenn sogar ein Papst in flagranti beim Lügen erwischt wird, wie ein Eierdieb auf dem Hühnerhof. Und im kommenden Jahr „feiert“ das Reichskonkordat zwischen Hitler und dem Vatikan sein 90-jähriges Jubiläum. Viel Freude beim Feiern!

Warten auf die Kirchen reicht nicht

Die Kirchen stehen unter einem erheblichen Druck, endlich Verantwortung für sexualisierte Gewalt in ihren eigenen Reihen zu übernehmen. Auch wenn die öffentliche Empörung aktuell vor allem den katholischen Klerus trifft, darf sich die evangelische Konkurrenz nicht in die Büsche schlagen. Bei den Nachfahren von Luther und Calvin hinkt die Aufarbeitung noch weiter zurück. Was bei den Aposteln der Mariä Lichtmess und anderen verschworenen Gemeinschaften hinter zugezogenen Vorhängen passiert, ist noch nicht einmal im Ansatz aufgearbeitet.

Das Warten auf Reformen innerhalb der Religionsgemeinschaften greift ins Leere, gerade auch beim Schutz der Beschäftigten vor Diskriminierung im kirchlichen Arbeitsrecht. Es ist eine faule Ausrede, vom Straßenrand „Synodaler Wege“ die strukturellen Ursachen für Diskriminierungen und sexualisierte Gewalt zu besichtigen. Innerverbandliche Reformprozesse sind gewiss notwendig und überfällig. Ihre Umsetzung steht aber in den Sternen. Einmal macht jeder Bischof eh was er will und auch der Vatikan wird im Bremserhäuschen sitzen bleiben. Es ist zu hoffen, dass die Regierungskoalition nicht auf die durchsichtige Vertröstungsmasche der Kirchenoberen reinfällt – sicher sein kann man sich dabei leider nicht.

Staat soll keine Theologie betreiben

Klar ist auch, dass der Staat keine Theologie betreiben und innerkirchliche Prozesse steuern kann. Das passt nicht zur Trennung von Staat und Kirchen. Der Gesetzgeber muss vielmehr verbindliche Gesetze für alle machen. Hinzu kommt, dass die viel beschworene staatliche Hilfe bei der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt im Interesse der Betroffenen nicht wirklich etwas bringt. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wäre rein logistisch hoffnungslos überfordert, wenn er sämtliche katholischen Bistümer, alle evangelischen Landeskirchen und bitteschön auch die vielen anderen christlichen- und nicht-christlichen Religionsgemeinschaften unter die Lupe nehmen wollte. Die Untersuchung allein in München mit ihren fast 2000 Seiten benötigte Jahre sogfältiger Recherche, der umfangreichen Anhörung Betroffener und der Stellungnahmen der Angeschuldigten. Eine parlamentarische Untersuchung könnte sogar als Alibi missbraucht werden, im Verhältnis von Staat und Kirche alles beim Alten zu lassen, bis am Ende der Wahlperiode ein erster Zwischenbericht vorliegt. Danach versinkt die parlamentarische Aufarbeitung erst einmal in tiefem Schlummer und geändert hat sich gar nichts.

Grundlegende Reformen jetzt sofort!

Die Rahmenbedingungen für grundlegende Reformen im Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften sind heute günstiger als je zuvor seit der deutschen Vereinigung.

Termine und Veranstaltungen

*"Wir sollten mal wieder
miteinander reden" –
Radikaldemokratischer
Sonntags-Stammtisch im Netz*

In Zeiten von Pandemie, Krieg in der Ukraine und den daraus resultierenden gesellschaftlichen, Veränderungen meinen wir, es gibt ein Bedürfnis nach Austausch und Dialog zwischen den weit verstreuten Ehemaligen und über alle Generationen hinweg. Das wollen wir in einer ersten Pilotveranstaltung ausprobieren. Daher laden wir Euch zum **ersten virtuellen Stammtisch des Radikaldemokratischen Bildungswerks am 1.Mai 2022** ein.

Er soll - je nach Interesse zunächst alle zwei Monate am **Sonntagvormittag um 11.00** stattfinden. Die auf 60, max.90 Minuten geplanten Stammtische wollen wir für den lockeren Austausch zwischen den ehemaligen Jungdemokrat*innen/ Jungen Linken anbieten. Erstes Thema:

Wer wir sind, woher wir kamen und was wir heute machen, um die Welt zu verändern...

Ihr könnt Euch über **GoTo-Meeting** beteiligen. Einwahldaten und -Links bekommt Ihr auf Email-Anforderung zugeschickt.

Weitere Veranstaltungen werden wir rechtzeitig über den **TENDENZ**-Verteiler einladen. Je nach Breite der Beteiligung wird das virtuelle Treffen moderiert, die Redeliste quotiert. Aber wir gehen davon aus, dass viele von Euch ja in "Corona" Zeiten erste Erfahrungen mit virtuellen Konferenzen gesammelt haben. Zu Beginn jedes Stammtisches bitten wir die Teilnehmenden um eine Kurzvorstellung. Anschließend wird es einen thematischen Schwerpunkt geben. Angedacht sind Themen wie: Lehren aus dem Krieg; Erfahrungen aus dem politischen Leben nach den JD/JL-Zeiten; Kultur und Medien... Wir sind für weitere Themen offen und freuen uns **auf Eure Anregungen und Anmeldungen unter info@radikaldemokratische-stiftung.org**

Termine und Veranstaltungen

Wir möchten die Aktivitäten unseres JD/JL Netzwerkes möglichst transparent planen und Euch Möglichkeiten geben Einfluss auf die Themen zu geben.

Der **Vorstand des RDB/RDS** tagt in diesem Jahr zu folgenden Terminen: 23.4., 28.5., 18.6., 9.7., 20.8., 1.10., 12.11., 29.12. 2022 jeweils Samstag nachmittags ab 15.00 virtuell.

Die **Radikaldemokratischen Sonntags-Stammtische** werden - mit Ausnahme der 1. Pilotveranstaltung in der Regel am Sonntag, der auf die Vorstandssitzung folgt, stattfinden. Also 29.5., 19.6., 10.7. usw.

Präsenzveranstaltung und Oldie-Treffen zum Thema Frieden in Berlin

Nach zwei Jahren Corona-Krise wollen wir auf jeden Fall eine Präsenzveranstaltung anbieten, nach Möglichkeit in einem zentralen Tagungsort in Berlin. Als Termine könnt Ihr Euch nach dem bisherigen Stand schon einmal den 2./3.9. bzw. 8./9.9. notieren. Wir wollen Freitagabend beginnen, möglichst mit einer größeren Veranstaltung, dann am Samstag ganztägig tagen und die Möglichkeit geben, dass der Sonntag privat genutzt werden kann.

Ansprechpartner: Roland
Appel@radikaldemokratische-stiftung.org

Wohnungs- und Städtebaupolitik, Bodenrechtsreform und das Menschenrecht auf Wohnen

Am 14./15. oder 28./29.10. in München planen wir als **Präsenz- und Hybridveranstaltung in München.**

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis und so vielfältig wie die Menschen.“ Ist der erste Satz im Koalitionspapier „Fortschritt wagen“. Werden die Vorstellungen der Ampelkoalition diesem Grundrecht auf Wohnen gerecht, oder brauchen wir viel tiefgreifendere Veränderungen für nachhaltiges, soziales und ökologisches Wohnen?

Ansprechpartner*in: Martin Ottensmann und Dagmar Everding
info@radikaldemokratische-stiftung.org

Ob der Staat endlich einmal den Mut zur Reform aufbringt oder wieder nur in der Zuschauerloge Platz nimmt, hängt von den Säkularen im Lande ab. Finden sie endlich einmal zusammen und entfalten einen wirksamen politischen Druck?

Immer mehr Menschen auch in den Kirchen selbst dämmert es, dass gerade die Kirchenprivilegien aus der Weimarer Verfassung die verhängnisvollen Dunkelkammern mit eingerichtet haben. Dort treiben die „Brüder im Nebel“ (Kardinal Meisner) ihr Unwesen und kein Staatsanwalt schaut rein. Der Staat selbst schafft mit dieser Nebenverfassung stets aufs Neue intransparente Strukturen mit ihren dramatischen Folgen. Die Täter bleiben ungeschoren und die Opfer auf der Strecke.

Keine klerikalen Privilegien - auch nicht für Islamverbände

Statt mit Ergebenheit auf parlamentarische Untersuchungsausschüsse und innerkirchliche Reformbemühungen zu warten, sollten Bundesregierung und Regierungsfractionen ihren eigenen Koalitionsvertrag ernst nehmen. Da ist viel versprechend von einem neuen „Religionsverfassungsrecht“ die Rede. Konkret benannt werden das kirchliche Arbeitsrecht und die Ablösung der historischen Staatsleistungen. Die Formulierungen sind zwar puddingweich, aber sie sind in der Welt und lassen sich nicht mehr wie Zahncreme in die Tube zurückdrücken.

Über 40 Prozent der Menschen sind hierzulande konfessionsfrei. Wo aber sind deren Stimmen, etwa beim Wort zum Sonntag, und den Morgenandachten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu hören? Warum zahlen die Länder bis heute historische Staatsleistungen für Vermögensverluste der Kirchen aus Zeiten der Reformation und der Napoleonischen Kriege (600 Millionen Euro im Jahr!). Warum ziehen die Finanzämter für die Kirchen deren Mitgliedsbeiträge wie Steuern ein? Warum haben die rund 1,4 Millionen Beschäftigten der Kirchen weniger Rechte als andere?

Ein kluger säkularer Politikansatz muss diese halbstaatliche Sonderstellung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften angreifen. Er muss auch verhindern, dass sich noch andere wie die reaktionären Islamverbände Ditib und Co die gleichen Privilegien an Land ziehen. Die Zeit ist gekommen, diese Mumienveranstaltung endlich vom Spielplan zu nehmen.

GEGEN PUTINS KRIEG
sofortiger Abzug aus der Ukraine
Frieden mit den
Bürgerinnen und
Bürgern Russlands



Radikaldemokratische-Stiftung.org

Krieg in Europa - wie weit entfernt ist der Frieden ?

Im Folgenden haben wir einige jüngere Texte zusammengestellt, die aus der Tastatur ehemaliger Jungdemokrati*innen stammen, zum Teil bereits im "Beuler Extradienst oder anderen Publikationen erschienen sind, die aber Anstöße für eine Diskussion geben sollen.

Richtig oder Falsch

von Hanspeter Knirsch (erstveröffentlichung am 14.4.2022 im Beuler Extradienst)

Da ist sie wieder, die seit dem alten Griechenland diskutierte Frage, ob es einen gerechten Krieg gibt. Einfacher ist die Frage nach einem gerechten Frieden. Obwohl dies oft auch nicht zu einem eindeutigen Ergebnis führt. Aktuell steht zur Debatte, ob Deutschland schwere Waffen an die Ukraine liefern soll. Roland Appel hat dazu einen [sehr persönlichen und sehr nachdenklichen Beitrag](#) geliefert.

Natürlich gibt es keinen gerechten Krieg, denn in jedem Krieg geht es um das Töten. Getötet wird nicht der Gegner, sondern ein Mensch. Wie das aussieht, können wir gerade aus sicherer (?) Distanz stündlich miterleben. Notwehr ist im Strafrecht die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden. Notwehr macht die Tat nicht weniger schrecklich, sie nimmt ihr nur die strafrechtlich relevante Rechtswidrigkeit. Der in seinem Panzer verglühte russische Soldat bleibt eine arme Kreatur, um den sich seine Mutter die Augen ausweint, auch wenn der Gebrauch der Panzerabwehrwaffe völkerrechtlich nicht zu beanstanden ist.

Was im Individualstrafrecht gilt, ist auch im Völkerrecht anerkannt. Alles, was über die notwendige Verteidigung hinausgeht, ist nicht mehr vom Notwehrrecht gedeckt. Völlig abstrus ist also die Diskreditierung diplomatischer Initia-

tiven zur Beendigung der Kämpfe, denn sie sind eindeutig das mildere Mittel. Deutschland hat in dieser Zeit eine Außenministerin, die „aus dem Völkerrecht kommt“. Sie wird wissen, wie heikel die Rechtsfigur der Ultima Ratio im Völkerrecht ist.

So schwer es in diesen Zeiten ist, richtig von falsch zu unterscheiden: Kein anderes Land auf der Welt ist so gefordert wie Deutschland, wenn es um die Beachtung des Übermaßverbots geht. Deutsche Politiker*innen, die davon sprechen, man müsse Russland besiegen, sind nicht nur unerträglich dumm. Sie haben auch im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst. Schon Napoleon und Hitler haben sich mit schrecklichen Folgen militärisch die Zähne an Russland ausgebissen.

Waffen allein haben noch nie zum Frieden geführt. Oder wird in der Ukraine ein Stellvertreterkrieg mit den Waffen und dem Geld des Westens, aber mit dem Blut junger ukrainischer und russischer Soldaten geführt? Jeder nutzlos verstrichene Tag ohne Diplomatie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Angesichts des Grauens des Krieges ist es schwierig, die Kontenance gegenüber Provokationen zu bewahren. Die Zurückweisung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier durch den ukrainischen Präsidenten Selenskyj ist nicht nur eine persönliche Beleidigung, sondern ein unglaublicher diplomatischer Affront, der in normalen Zeiten

mindestens zur Ausweisung des Botschafters führen würde. Die Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes (§103 StGB) war bis zum 1.1.2018 in Deutschland eine Straftat. Die Staatsanwaltschaft hat schon aus geringem Anlass, als im Falle Melnyks und Selenskyjs Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die größtenteils lasche Kritik am Verhalten des ukrainischen Präsidenten in der deutschen Presselandschaft ist atemberaubend. Da scheint Parteipolitik über Staatsräson zu gehen. Politiker*innen, die jetzt einen Besuch von Bundeskanzler Scholz in Kiew fordern, fehlt es nicht nur an Anstand, sondern an einem Gespür dafür, was geht und was nicht geht. Aber wie gesagt, es ist gerade offenbar nicht einfach, richtig und falsch auseinander zu halten.

Alexander Kluge hält in einem beachtenswerten Plädoyer für die Kraft der Kunst in der Süddeutschen Zeitung vom heutigen Tage (Paywall) das Entsetzen über die Toten, das uns unausweichlich bewegt, für so mächtig, dass Verhandlungen über den Stillstand der Waffen unmöglich werden können. Gleichwohl erinnert er an die grundsätzlich vorhandene menschliche Fähigkeit zwischen Verstand und Emotion zu vermitteln und die Widersprüchlichkeit in uns und in der Außenwelt zu akzeptieren. Täten wir das, würden wir Anna Netrebko singen und Valery Gergiev dirigieren lassen. Vom Boykott

russischer Kultur bis zur Anfeindung russischer LKW-Fahrer auf deutschen Autobahnraststätten ist es nur ein kleiner Schritt.

Krisenzeiten sind immer auch Schlaumeierzeiten. Da sind z. B. jetzt diejenigen, die immer schon wussten, dass Putin ein Verbrecher ist, mit dem man keine Geschäfte machen sollte und dass die Formel vom Wandel durch Handel keine zuverlässiger Weg zu dauerhaftem Frieden ist. Eine besondere Variante des Schlaumeiertums ist die Häme, mit der Robert Habeck überschüttet wurde, als er sich im Nahen Osten auf die Suche nach neuen Partnern machte.

Auch das anerkennende Lob für die bellizistische Annalena Baerbock ist eine Form des Schlaumeiertums. Haben wir ja immer schon gesagt, dass die Ideale der Grünen den Realitätstest nicht überstehen.

Mit deutschen Waffen gegen Russland?

von Roland Appel am 13.4.2022

Annalena Baerbock, die bisher als Bundesaussenministerin keine groben Fehler gemacht und die Bundesrepublik in der UNO gut vertreten hat, schickt sich derzeit an, einen schweren Fehler zu begehen, der sich in der Propagandaschlacht, die den Ukraine-Krieg zweifellos begleitet, als spezifisch deutsches Eigentor erweisen könnte. Sie hat gefordert, der Ukraine schwere Waffen zu liefern, damit sind gemeint Kampfflugzeuge, Panzer, Kriegsschiffe. Das ist in zweierlei Hinsicht problematisch.

Auch aufbereitete deutsche Kampfpanzer sind ein Symbol

Zum einen kann die Bundesrepublik bei den bisherigen Waffenlieferungen in den Krieg

Schlaumeier waren es auch, die regenerative Energien für zu teuer hielten und unsere Kernkraftwerke lieber noch ein paar Jahre länger mit importierten Uran aus so zuverlässigen Staaten wie Russland, Kasachstan oder Niger gefüttert hätten.

Einige dieser jetzt angesichts des Mordens in der Ukraine moralisch maßlos Empörten haben sich rechtzeitig mit Aktien von Rüstungsunternehmen eingedeckt. Wenn ich es nicht mache, machen es andere. Eine Zeit, in der alte Gewissheiten zerbröseln, ist besonders attraktiv für die Verkünder neuer Gewissheiten. Was richtig oder falsch ist, stellt sich oft erst im Nachhinein heraus. Und selbst dann kann man nicht sicher sein. Es täte uns gut, wenn wir uns ein bisschen mehr an diese Unsicherheit gewöhnen würden. Alexander Kluge hat Recht, wenn er darauf hinweist, dass die Kunst mit Räumen und Zeiten anders umzugehen vermag, als es

im Alltag geschieht. Sie hat ein großes Reservoir an Vorstellungskraft. Das braucht es jetzt mehr denn je. Richtig oder falsch ist dabei möglicherweise im Moment nicht das entscheidende Kriterium.



DJD-Plakat gegen Nachrüstung 1981

weit über den Krieg Wladimir Putins hinausreicht.

Würden "Marder" Schützenpanzer oder gar "Leopard I" Kampfpanzer im Ukrainekrieg mit Zustimmung Deutschlands gegen russische Truppen eingesetzt, ist das etwas anderes, als reine Solidarität mit der Ukraine gegen den Überfall Putins. Es würde viel tiefer an ein bisheriges Tabu der europäischen Nachkriegsordnung rühren: Dass von deutschem Boden aus und mit deutschen Waffen niemals mehr gegen Russland bzw. die ehemalige UdSSR vorgegangen werden sollte.

Wichtiger als das Verhältnis der Regierungen ist das der Menschen

Das waren und sind wir nicht nur moralisch und aufgrund der besonderen Umstände des 2+4-Vertrages als Deutsche, nicht dem Aggressor Putin, aber dem russischen und ukrainischen Volk schuldig. Ich möchte das mit einem persönlichen Erlebnis begründen, das mich tief bewegt hat. Ich war als Delegationsleiter der Jungdemokraten mit vielen anderen Delegationen von Jusos über Evangelische Jugend bis zum Bund deutscher Pfadfinder zu den "Weltjugendfestspielen 1985" nach Moskau gereist. Die Weltjugendfestspiele waren so etwas wie eine "Politolympiade", bei der sich die Jugend der Welt - eben auch wir mit zwei Grünen Bundestagsabgeordneten in der Delegation, Nobert Mann und Marita Wagner - zu Begegnungen und Diskussionen im Geiste der Entspannungspolitik trafen. Besonders spannend: Der neue Generalsekretär der KPdSU hieß Michail Gorbatschow und die ersten zarten Pflänzchen von Glasnost und Perestroika waren spürbar - auch wenn sie zum Teil in für Russen ungewohnte Maßnahmen wie der zeitlichen Begrenzung des täglichen Alkoholverkaufs mündeten.

Persönliches ist politisch - in Ost und West

Zur offenen Darstellung kontroverser Diskussionen gab es u.a. nationale Pavillons, so auch den der Bundesrepublik, in denen sich die Nationen politisch und kulturell präsentierten, z.B. mit einem Auftritt von Udo Lindenberg und vielen politischen Diskussionen und Gelegenheiten zum persönlichen Dialog. Eine dieser Begegnungen führte mich nach einer Veranstaltung mit der etwa gleichaltrigen Irina - ihren Nachnamen habe ich vergessen - zusammen, Abgeordnete der KP im Bezirksparlament von Moskau, was etwa unserem Landschafts-

verband Rheinland in Köln entspricht. Das erst politische und dann sehr persönliche Gespräch machte mir deutlich, dass es in unseren Biografien große Unterschiede gab: Ihr hatten ihre Eltern viel über den 2. Weltkrieg erzählt, meine Eltern redeten nicht da-rüber. Ihre Familie hatte viele Menschen im Krieg gegen die Deutschen verloren. Sie durfte außerhalb des "Ostblocks" bis dahin nicht reisen, ich war in den USA, in Frankreich und nach Polen, die Tschechoslowakei und die UdSSR gereist, sie hoffte, dass das für sie in Zukunft auch möglich werden würde, sie erhoffte sich viel von Gorbatschow. Wir redeten über vieles und auch der Wodka war nicht schlecht, den ich mit West-Devisen im Hotel Rossija für unsere Delegation besorgt hatte.



JD-Plakat aus den späten 90er Jahren

Von der Geschichte eingeholt

Es wurde sehr, sehr spät und irgendwann stellte sie mir eine sehr persönliche Frage: *"Kannst Du mir versprechen, dass Dein Volk uns niemals mehr überfallen wird?"* Und ich, der ich mich immer für jemanden gehalten hatte, der ja ganz anders als deutsch ist, Kriegsdienstverweigerer, linksliberaler, viel mehr gefühlt Europäer als Deutscher - wurde plötzlich von *meiner deutschen Vergangenheit* eingeholt, von der Verantwortung, auch für die Taten meines Onkels, der mit der Waffen-SS in Russland gewesen war. *"Versprechen kann ich Dir nur, dass ich alles tun werde, dass so etwas nie wieder passiert."* sagte

ich. *"Das werde ich auch"* sagte sie und hob das Glas ... und ich bin ziemlich sicher, dass unser persönliches Friedensabkommen von 1985 heute noch gilt. Mir ist auf dem etwa 5 km langen Fußweg ins Stadion inmitten der vielen tausend Teilnehmer*innen aller möglichen Nationen und politischen Gruppen noch etwas anderes aufgefallen: Entlang unseres Weges standen hunderte von greisen Veteranen in ihrer letzten Ausgehuniform mit vielen Orden geschmückt auf den Balkons der bis zu zehnstöckigen Wohnblocks und winkten - mit oder ohne Blumen. Die meisten von ihnen hatten noch im "großen Vaterländischen Krieg" gegen die Nazis gekämpft und dieses Wissen und dieser Stolz sind fester Bestandteil russischer Kultur bis heute.

Der Kulturbruch Putins darf nicht mit einem Kulturbruch beantwortet werden

Verstehen Sie jetzt, dass ich ein Problem mit dem "Angebot von Rheinmetall" habe? Es wäre das erste Mal seit 78 Jahren, dass mit Panzern, die in Deutschland hergestellt worden sind und von Deutschland geliefert wurden, wieder auf russische Soldaten geschossen würde. Auch wenn dies unter den Umständen eines Verteidigungskrieges der Ukraine aufgrund des Überfalls durch Putin geschähe - es wäre eine fatale Symbolik, die die russische Propaganda mit Sicherheit aus-schlachten würde. Denn nach allen Erfahrungen, die Menschen wie ich, die in Russland gewesen sind und mit "einfachen" Russen gesprochen haben, wissen, mit welcher traditionellen Symbolik diese Tatsache belastet ist. Deutsche Waffen, die auf Russen schießen, wären in der Wahrnehmung von weiten Teilen der russischen Bevölkerung von ebensolcher Qualität wie der Kul-

turbruch Putins, der die Schlussakte von Helsinki, die 2+4-Verträge, das Abkommen zur Entwaffnung der Ukraine und das Minsker Abkommen für uns darstellt.

Deutsche Waffen gegen Russen einzusetzen, sollte vermieden werden

Der Überfall Hitlerdeutschlands und seiner Kriegsmaschinerie hat im öffentlichen Bewusstsein bis heute - eigentlich auch in der Ukraine - einen völlig anderen Stellenwert, als der 2. Weltkrieg in Deutschland. Und deshalb muss gut überlegt werden, welche "schweren Waffen" Deutschland der Ukraine liefert. Es geht mir an dieser Stelle überhaupt nicht darum, die generelle Forderung zu erörtern, obwohl es auch dafür gute Gründe gäbe. Es geht mir einzig und allein darum, die Geste und die psychologischen Folgen eines solchen Schritts zu hinterfragen. Bisher hat - bis auf die kryptischen Drohungen Putins mit möglicherweise weitreichenden Folgen - der Strom der Waffenlieferungen aus der EU noch nicht zur militärischen Eskalation über die Ukraine hinaus geführt. Die Symbolik des Einsatzes deutscher

Waffen und eine propagandistische Reaktion wird bei der russischen Bevölkerung anders wirken und wird in deren Wahrnehmung einen Tabubruch darstellen. Im schlimmsten Fall wird ein solcher Einschnitt ein propagandistischer Erfolg für Putin sein und ihm möglicherweise eine Rechtfertigung für eine nicht kalkulierbare Eskalation liefern. Im kaum weniger schlimmen Fall wird nur ein Tabu gebrochen und möglicherweise auch daraus ein Schaden entstehen, der Deutsche und Russen in ihrem gegenseitigen Verständnis viele Jahrzehnte zurückwirft.

Für Länder, die uns Zögern vorwerfen, mit Unverständnis reagieren, sind die Verhältnisse wesentlich einfacher

Ich gebe zu bedenken, ob es nicht klüger wäre, dies zu vermeiden und der Ukraine, wenn schon schwere Waffen, solche wie den US-amerikanischen Kampfpanzer M60 zu liefern, der tausendfach auf dem Weltmarkt verfügbar ist, dem "Leo I" an Kampfkraft ebenbürtig, aber eben nicht in gleicher Weise von besonderer Symbolik und mit historischer Bedeutung belastet ist. Den ihn verwenden Israel, Saudi-

Arabien, der Irak oder die Türkei und viele andere Staaten. Und wenn jetzt jemand behauptet, ich würde doch wohl mit zweierlei Maß messen, dem sei entgegengehalten: Die Schuld des deutschen Volks gegenüber der Sowjetunion nicht nur Russen, sondern auch 12 Mio. tote Ukrainer, darunter viele Jüdinnen und Juden, aufgrund des 2. Weltkriegs wiegt ähnlich schwer, wie die Verbrechen des Holocaust. - Und ihr gerecht zu werden wird heute um so schwieriger. Ich habe keine Lösung. Wir wissen nicht, wie lange sich Putin noch hält und möglicherweise müssen wir in Europa mit ihm weiter leben und sogar Verträge schließen, wie Günter Verheugen erklärt. Aber auch wenn Putin weg wäre und vor allem auf dem Weg dahin sollten wir die richtigen Signale aussenden. Dass dies bei manchen EU-Partnern nicht auf Sympathien stößt, wie den Polen und den Balten, die Deutschland derzeit als Bremser diffamieren, versteht sich von selbst. Aber Polen hat auch nicht das besondere historische Verhältnis Deutschlands gegenüber den Staaten der ehemaligen UdSSR und Russlands.

"Wir müssen bereit sein, Russland wieder die Hand zu reichen"

Günter Verheugen im Interview mit Uwe Sattler über das Verhältnis der Europäischen Union zu Moskau und Washington, eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine und die Soft Power Brüssels

Sie haben in Ihrer Zeit als EU-Kommissar und Vizepräsident der Kommission die Osterweiterung der Gemeinschaft verantwortet. Die Spannungen in Osteuropa, insbesondere auch im Verhältnis zu Moskau, sind seither stetig gewachsen. Haben Sie etwas falsch gemacht?

Ich bleibe dabei: Die EU-Osterweiterung war notwendig und richtig. Sie erfolgte übrigens im Einvernehmen mit Russland. Sicher gab es einige Streitfragen, aber die wurden im Dialog mit Moskau gelöst. Die Osterweiterung der EU ist ja auch nicht

ursächlich für die Konfrontation, in der wir uns heute befinden. Ganz im Gegenteil: Sie hat mögliche Spannungsursachen beseitigt.

Osteuropäische und baltische Staaten in die EU aufzunehmen und Russland als Placebo eine »Strategische Partnerschaft« anzubieten, die im Westen niemand ernst genommen hat - das musste doch aber schief gehen.

So war es doch gar nicht. Die Strategische Partnerschaft mit Russland folgte der Strategie von

2002, um uns herum, also der EU, einen »Ring von Freunden« zu schaffen, wie es der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi sagte. Russland wiederum wollte in diesem Ring einen herausgehobenen, seiner Bedeutung entsprechenden Status. Ich will damit sagen: Die Strategische Partnerschaft war das, was Russland wollte, und diese Partnerschaft hat eine Zeitlang auch sehr gut funktioniert, bis ganz andere Fragen, die mit dem Verhältnis zwischen der EU und Russland nichts zu tun hatten, in eine neue Ost-West-Konfrontation führten.



Plakat der JungdemokratInnen/Junge Linke aus den 90er Jahren

Welche Fragen waren das?

Der Grund war, dass die EU mehr und mehr der US-amerikanischen Linie folgte. Und Washington meinte, es komme darauf an, langfristig Russland so zu schwächen, dass es nicht wieder zum Rivalen werden kann. Putin hat in seiner [Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007](#) klar gemacht, dass er einen Kurs der Missachtung russischer Sicherheitsinteressen nicht akzeptieren wird. Die Nato-Osterweiterung war in den Augen der russischen Seite das Hauptübel, aber es irritierte auch, dass die östliche Partnerschaft der EU nach 2007 ohne Beteiligung Russlands in Gang gesetzt wurde.

War diese Partnerschaft, mit der die EU insbesondere ehemaligen Sowjetrepubliken Avancen machte, ohne diese jedoch zu dicht an sich herankommen zu lassen, nicht als Eindämmung Russlands erdacht worden?

Der »Ring von Freunden« war strikt bilateral ausgerichtet. Die östliche Partnerschaft gab diesen Ansatz auf. Moskau empfand dieses Vorgehen als Anspruch der EU auf eine Einflussphäre im früheren sowjetischen Machtbereich, der sich gegen Russland richtete. Es ist aber wichtig zu wissen, dass Russland den Versuch unternahm, die östliche Partnerschaft als

gemeinsames Projekt mit der EU zu verfolgen. Und noch im Jahr 2010 wollte Russland trilaterale Projekte - EU, Russland, Länder der östlichen Partnerschaft - realisieren. Es gab also ganz klar Chancen einer konstruktiven Einbindung Russlands in eine Partnerschaft, die aber leider nicht genutzt wurden.

Abgesehen davon gab es, zumindest auf dem Papier, mehrfach Ansätze, auch Russland an die EU zu binden. Warum hat das nicht funktioniert?

Russland an die EU binden? An ein solches Konzept kann ich mich nicht erinnern. Unser Ziel war eine wechselseitige Bindung. Eine EU-Mitgliedschaft Russlands hat keine Seite ernsthaft erwogen. Es ging immer um Kooperation und Partnerschaft, und zwar unter dem Stichwort »von Lissabon bis Wladiwostok«.

Ich meinte auch keine russische EU-Mitgliedschaft, aber schon eine enge Bindung, die eine solche Konfrontation wie heute hätte verhindern können. Lässt sich das Verhältnis zwischen EU und Russland überhaupt noch kitten?

Das fragen Sie als Deutscher einen Deutschen? Eines Tages wird wieder miteinander geredet werden müssen, und je eher, desto besser. Für uns Europäer kann nur gesamteuropäische Partnerschaft die Antwort auf die immer größer werdenden globalen Konflikte sein. Wir müssen bereit sein, Russland wieder die Hand zu reichen. Das wird nicht heute oder morgen geschehen und hängt stark davon ab, wie die politische Gestalt Europas nach dem Ukraine-Krieg sein wird. Es ist nicht hilfreich, Regimechange in Moskau zur Voraussetzung für einen neuen Dialog zu machen. Denn darauf würden wir möglicherweise sehr lange warten müssen.

Was soll stattdessen geschehen?

Auf jeden Fall ist es zwingend notwendig, die gesamte Vorgeschichte des Ukraine-Krieges zu verstehen und richtig einzuordnen. Die EU wird auch bereit sein müssen, eigene Fehler aufzuarbeiten. Wenn wir die Vorgeschichte betrachten, sollten wir zwei Fragen genau unter die Lupe nehmen: An wem ist das Minsker Abkommen gescheitert, und wer oder was hat die EU dazu getrieben, sich im Jahr 2013 an einer Regimechange-Operation in der Ukraine zu beteiligen?

Wenn man die aggressiven Töne Richtung Moskau aus Kommission, Rat oder Europaparlament hört, die es nicht erst seit Putins Überfall auf die Ukraine gab, habe ich Zweifel, dass dies geschieht.

Das ändert nichts daran, dass man es tun muss. Wenn wir diese ganze Vorgeschichte nicht wirklich ernsthaft aufarbeiten, werden wir praktisch dazu verurteilt sein, dieselben Fehler zu wiederholen. Und wenn ich höre und sehe, dass die Forderung nach Kontextualisierung dieses Konflikts als Appeasement dargestellt wird, da muss ich sagen: Es ist schon merkwürdig, dass über Ursachen und Entwicklungen, die zum Ersten und zum Zweiten Weltkrieg führten, ganze Bibliotheken geschrieben wurden. Und keiner kommt auf die Idee, das zu kritisieren. Aber wenn gemahnt wird, die ganze Vorgeschichte des Ukraine-Konflikts, des ersten großen Kriegs in diesem Jahrhundert in Europa, aufzuarbeiten, dann gilt das als Appeasement?

Und ganz prinzipiell wird eine Verständigung nur möglich sein, wenn auf beiden Seiten der seit Helsinki 1975 bestehende Grundsatz beachtet wird, dass jeder die legitimen Sicherheitsinteressen des anderen zu respektieren hat. Geschieht das nicht, kehrt der Kalte Krieg dauerhaft zurück – und ich weiß nicht, ob wir noch einmal soviel Glück haben werden wie bisher, dass der nukleare Schlagabtausch nicht stattfindet.

Was ist von Plänen zu halten, die Ukraine schnell in die EU aufzunehmen?

Nichts. Diese Diskussion ist ein Zeichen großer Hilflosigkeit. Man möchte gerne etwas tun und stellt deshalb etwas in Aussicht, was keine reale Grundlage hat. Ohne vorherige weitreichende Transformation, und die braucht Zeit, erfüllt die Ukraine keine einzige Beitrittsvoraussetzung. Ich will nur einmal daran erinnern, dass der Assoziierungsvertrag diese Transformation in Gang bringen sollte, aber bisher ist



DJD-Broschüre zur sozialen Verteidigung 1976

Mit all den damit verbundenen Risiken. Wenn man beispielsweise die Rechtsstaatlichkeitskriterien anwendet, hätten Ungarn, Polen, Tschechien oder Slowenien heute schlechte Chancen auf Mitgliedschaft ...

Machen wir die Liste doch nicht länger als nötig. Natürlich kann man mit der Rechtspolitik, aber nicht nur der, in Ungarn und Polen nicht zufrieden sein. 2004 aber, dem Jahr ihres EU-Beitritts, galten insbesondere Polen und Ungarn als Ikonen des Widerstands gegen das kommunistische System. Damals war der historische Beitrag der Polen und der Ungarn zur Überwindung des Eisernen Vorhangs noch in lebhafter Erinnerung. Ich glaube nicht, dass wir heute mit Druck von außen auf diese beiden Länder viel erreichen werden. Die Polen und die Ungarn müssen ihre Probleme selber lösen, und das werden sie auch. Haben wir ein bisschen mehr Vertrauen in die demokratische Festigkeit beider Länder!

Es wird viel darüber geredet, dass der russische Überfall auf die Ukraine die EU zusammenschweißt habe. Zumindest wird emsig daran gearbeitet, diesen Eindruck zu verbreiten.

Unzweifelhaft steht die Europäische Union klar zusammen, was die Verurteilung des völkerrechtswidrigen Kriegs in der Ukraine betrifft. Und das ist notwendig und auch gut so. Das kann aber tief greifende Meinungsverschiedenheiten nicht übertünchen, man denke nur an die Frage, ob Energieimporte aus Russland ausgesetzt werden und wie sie gegebenenfalls substituiert werden sollen.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen – auch die deutsche Ampelregierung – haben viel von strategischer Autonomie der EU gegenüber den USA gesprochen. Ist das mit der faktischen Unterordnung unter Nato und US-Politik obsolet geworden?

Ich habe das etwas anders wahrgenommen. Die Emanzipation von den USA oder etwa Äquidistanz zu den USA und China oder Russland haben die Erwähnten nicht gefordert. Sie sprachen von einer eigenständigen globalen Rolle etc., stellten aber die Grundsatzfrage nicht: Kann die EU ihre Sicherheit in die eigene Verantwortung legen. Nun, es sieht nicht danach aus. Die USA sind gerade dabei, ihre Führungsrolle in Europa zu zementieren.

Die EU ist bekannt als Gemeinschaft mit Soft Power. Nun ist auch in Brüssel – und nicht erst seit dem Ukraine-Krieg – viel von Eingreiftruppen, militärischen

Fähigkeiten und Aufrüstung die Rede. Verspielt die EU ihre Fähigkeiten, in Konflikten diplomatisch zu vermitteln?

Eigene militärische Kapazitäten der Europäischen Union gibt es schon länger. Sie sind aber bisher nicht zum Einsatz gekommen. Ich sehe auch nicht, wann und wie das je geschehen sollte. Deshalb glaube ich nicht, dass militärische Fähigkeiten der EU ihre diplomatischen Wirkungsmöglichkeiten infrage stellen. Die hängen von vielen anderen Faktoren ab. Entscheidend bleibt für mich der Wille, die historische Begründung für das europäische Integrationsprojekt niemals aufzugeben, Frieden zu schaffen durch

Überwindung von Nationalismus und Abgrenzung. Und zwar auf dem gesamten europäischen Kontinent.

Günter Verheugen war unter anderem Generalsekretär der FDP, nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition 1982 saß er für die SPD im Bundestag, war Chefredakteur des »Vorwärts« und Staatsminister im Auswärtigen Amt. 1999 wechselte er als EU-Kommissar nach Brüssel – zuständig zuerst für Erweiterung, ab 2004 dann für Industrie und Unternehmenspolitik. Bis 2010 amtierte er zudem als stellvertretender EU-Kommissionspräsident. Heute ist er als EU-Berater tätig. Dieses Interview erschien zuerst in der Zeitung [nd](#), hier mit freundlicher Genehmigung aller Beteiligten.

Kompromissfrieden oder Siegfrieden?

von Peter Wahl (WEED)

Das Narrativ vom Krieg als Zeitenwende, als singuläres Ereignis in Kategorien biblischer Kometen, leistet der Deeskalation des Konflikts einen Bärendienst.

Der russische Einmarsch in die Ukraine war für Friedensengagierte und vor allem für linke Milieus nicht nur eine Überraschung, sondern auch ein regelrechter Schock. Er hat bei manchen zu einer so enormen Verunsicherung geführt, dass Fundamente des eigenen Denkens, wie das Axiom „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu bröckeln beginnen und Panzerlieferungen der NATO an Kiew salonfähig wurden. Die Schockwirkung beruht auf der Enttäuschung darüber, dass Russland jetzt genau die gleichen Methoden anwendet, deren der Westen sich schon lange bedient. Und wenn man sich getäuscht hat, ist es ja erst einmal ehrenwert, die eigenen Positionen in Frage zu stellen.

Aber selbstkritische Überprüfung der eigenen Position ist eine Sache. Eine andere, sich ins Kielwasser der NATO zu begeben und den Weg zur Beendigung des Krieges in Kategorien von Sieg und Niederlage, statt politischer Verhandlungen und eines Kompromissfriedens zu sehen. Es kommt darauf an „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen,“ wie Adorno in seinem Aphorismus aus den [Minima Moralia](#) formulierte. Denn das herrschende Narrativ verlangt ja nicht weniger, als diesen Krieg als Zeitenwende, als singuläres Ereignis zu nehmen, das weder in einen strukturellen Kontext – die Geopolitik der letzten zwei Jahrzehnte – noch einen konkreten historischen Zusammenhang – die postsowjetische Eskalationsgeschichte der Beziehungen Russland-Ukraine – eingebunden ist. Die Rede von der

Zeitenwende denkt den Krieg in Kategorien biblischer Kometen, die vom Himmel stürzen und der Menschheit Außergewöhnliches verkünden. Die politische Funktion ist klar: nur so kann man den russischen Angriff zum moralischen Absolutum erklären und damit einen gesellschaftlichen Konsens formieren, der die Rolle des Westens für sein Zustandekommen tabuisiert und die Strategie der weiteren Befuerung und Eskalation des Krieges legitimiert.

Der Westen spielt auf Sieg

Denn nach sechs Wochen Krieg wird immer deutlicher, dass weder die USA/NATO noch die EU auch nur den geringsten Versuch unternehmen, mit Verhandlungsangeboten Druck auf Moskau auszuüben, um wenigstens einen Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen zu erreichen. Dabei hatte die EU noch 2008 beim Fünftage-Krieg um Süd-Ossetien [1] einen Kompromiss zwischen Georgien und Russland vermittelt, der bis heute Bestand hat. Damals hatte Frankreich die EU-Präsidentschaft und es war Sarkozy, der die Verhandlungen führte.

Heute wird stattdessen mit Waffenlieferungen und der Eskalation des Wirtschaftskrieges – euphemistisch als „Sanktionen“ bezeichnet – weiter Öl ins Feuer gegossen. Die EU ist an der Seite der USA und der NATO Kriegspartei. Es zeichnet sich jetzt immer deutlicher ab, dass der Westen auf Sieg spielt. Siegfrieden – so ein Schlagwort, das im Ersten Weltkrieg eine große Rolle spielte – ist das strategische

Ziel. Es geht darum Russland eine Niederlage zu bereiten, oder es mindestens maximal zu schwächen und innenpolitisch zu destabilisieren. Dazu kann man einen möglichst raschen Verhandlungs- und Kompromissfrieden nicht gebrauchen. Anscheinend sind zumindest Teile der ukrainischen Führung auch dieser Meinung. So sagte der ukrainische Botschafter in Berlin, Melnyk, im Interview mit der FAZ:

„Ich glaube, dass die Weltöffentlichkeit jetzt aufwachen und uns nicht mehr dazu zwingen sollte, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden, eine Waffenruhe einzuführen, ohne Abzug der russischen Truppen.“ (6.4.2022; S.9)

Die Verlängerung des Krieges, noch mehr Opfer sowie das Risiko eines Kontrollverlustes werden dabei in gleicher Weise in Kauf genommen, wie Russland das tut. Das legitimiert nicht den russischen Einmarsch, aber es holt das offizielle Narrativ des Westens von seinem moralischen Podest herunter.

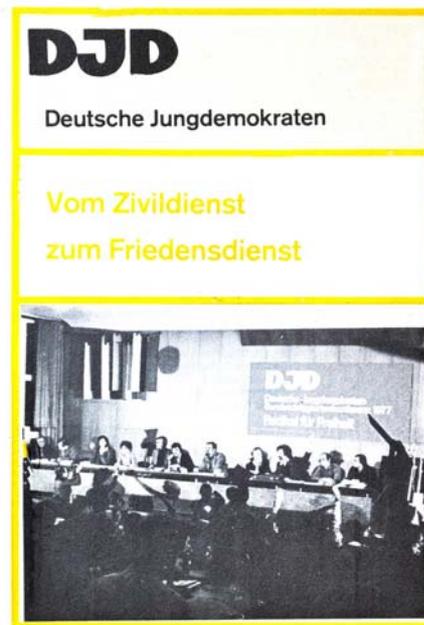
Der humanistische Kern emanzipatorischer Friedenspolitik

Das Setzen auf Sieg steht im diametralen Widerspruch zu einer emanzipatorischen Friedenspolitik. Deren Kern besteht gerade darin, militärische Gewaltanwendung wegen ihrer Inhumanität prinzipiell abzulehnen. Denn es gehört zum Wesen des Krieges, dass er die Normen der Zivilisation aufhebt, der Gewalt freien Lauf lässt und Hass und Brutalität von der Kette lässt. Krieg ist ein Rückfall in Barbarei – nicht nur in der Ukraine. Das beginnt mit der formellen Aufhebung des Tötungsverbots gegenüber dem Militärpersonal auf beiden Seiten, bis zur Re-lativierung des Tötungsverbots von Zivilisten als Kollateralschaden. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an eines von unzähligen Beispielen: dem Luftangriff im afghanischen Kundus im September 2009, befohlen vom Obersten der Bundeswehr, [Georg Klein](#), fielen mindestens 91 Zivilisten zum Opfer, darunter zahlreiche Kinder. Versuche, das als Kriegsverbrechen zu ahnden, scheiterten vor mehreren Gerichten. Klein wurde inzwischen zum General befördert.

Dass im Medienzeitalter die Brutalisierung dann von jeder Seite auch noch propagandistisch ausgeschlachtet und politisch instrumentalisiert wird, gehört ebenfalls zur Kriegslogik. Der jeweilige Feind ist die Inkarnation des Bösen schlechthin, das jeweilige „Wir“ dagegen, das sind „die Guten.“ Auch das Argument, die *Weltgemeinschaft* dürfe das Verhalten Russlands nicht tolerieren, ist höchst problematisch. Und das nicht einmal primär, weil diese Weltgemeinschaft Fiktion ist, wenn man an die zu-

mindest neutrale Haltung von Indien, China, Brasilien, Südafrika, [Pakistan](#), Israel und zahlreichen anderen Ländern denkt. Sondern weil es ein fundamentales Merkmal des internationalen Systems ist – im Unterschied zum Inneren der Staaten – keine oberste Gerichtsbarkeit und eine ihr folgende Exekutive zu haben.

Der UN-Sicherheitsrat, dem theoretisch diese Rolle zugedacht war, wird durch die Vetomächte blockiert, wenn deren vitale Interessen im Spiel sind. Der zentrale Regulationsmechanismus im internationalen System sind leider nicht die multilateralen Institutionen und das Völkerrecht, sondern die machtpolitischen Kräfteverhältnisse – vor allem an der Spitze der internationalen Hierarchie. Vor diesem Hintergrund ist es pure Anmaßung, wenn die NATO sich selbst zum Garanten des Völkerrechts ernennt. Al Capone als Richter und Polizist in einer Person bekämpft die Mafia! Das ist nicht die Position emanzipatorischer Friedenspolitik.



BDK-Beschlüsse zum zivilen Friedensdienst 1977

Eckpunkte eines Verständigungsfriedens

Kriegsgegner haben schon vor dem 24. Februar immer wieder gewarnt, dass in der Ukraine Krieg droht. Noch am 22.2. heißt es in einem [Aufruf aus der Friedensbewegung](#): *„Die erneute Verschärfung der Krise unterstreicht, wie dringend Deeskalation und Diplomatie sind. (...) Mit immer weiteren Sanktionen und der Verstärkung militärischer Drohkulissen nach*

dem Motto ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ auf Sieg statt auf Entspannung zu setzen, führt näher an den Abgrund.“ Allerdings waren diese Stimmen ohne Einfluss, und zwei Tage später war der Krieg da.

Aber auch jetzt – und gerade jetzt – gilt für alle, denen ein Ende der Kriegsbrutalitäten tatsächlich das entscheidende Anliegen ist, Alternativen zu seiner Eskalation und seiner Fortsetzung stark zu machen. Selbst wenn das zunächst weder Putin, noch Joe Biden und Selenskij beeindruckt, muss unserer Öffentlichkeit gegenüber demonstriert werden, dass es Alternativen zu Waffenlieferung und Wirtschaftskrieg gibt, und wie sie aussehen könnten. Nur so kann die Fixierung auf das Alles oder Nichts, Sieg oder Niederlage aufgebrochen werden. Dabei hat Deeskalation absolute Priorität: militärisch, wirtschaftlich und an der Heimatfront von ARD bis ZDF, von FAZ bis TAZ. Dann muss die Akzeptanz für Kompromisse gefördert werden, denn in einem Verständigungsfrieden müssen alle Seiten von Maximalpositionen abrücken.

Auch Vorschläge für Vermittler, die für beide Seiten akzeptabel sind, sollten ins Spiel gebracht werden. Am ehesten kämen dabei neutrale Länder in Frage, zum Beispiel Indien. Am Anfang von Verhandlungen stehen immer eine Waffenruhe und Gefangenenaustausch. Dann ist ein Gesamtpaket zu schnüren, das die Interessen beider Seiten, aber eben auch Kompromisse enthält. Im Zentrum des Abkommens müsste gegenüber Russland eine Garantie für die Neutralität der Ukraine stehen. Also keine NATO-Mitgliedschaft, auch nicht in verkappter Form. Gegenstück müsste der Rückzug der russischen Truppen sowie die Akzeptanz einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine durch Moskau stehen, allerdings unter Ausklammerung von Artikel 42 der Verträge, der die militärische Komponente der EU-Mitgliedschaft betrifft.

Wichtiger Teil eines Verhandlungsfriedens wäre dann ein internationales Wiederaufbauprogramm für die Ukraine, inklusive Donbass. Für den Status des Donbass wäre zunächst eine Autonomie anzustreben, überwacht durch UNO-Friedenstruppen. Nach einer Übergangszeit könnte eine Volksabstimmung über Unabhängigkeit oder Zugehörigkeit zur Ukraine der Russland unter internationaler Aufsicht stattfinden. Als Modell könnte das Referendum im Saarland 1955 dienen, das bis dahin unter französischer Verwaltung stand, und bei dem sich die Mehrheit für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik entschied. Zug um Zug wären dann die Sanktionen abzubauen. Schließlich sollte der Westen die Zugehörigkeit der Krim zu Russland anerkennen, und Russland die Unabhängigkeit des Kosovo.

So oder so ähnlich könnte ein Kompromiss aussehen, der nicht nur den akuten Krieg beendet, sondern auch den Boden für einen dauerhaften Frieden in der Region bereitet. Denn an der geographischen Realität, dass Russland Nachbar der EU ist, wird sich nichts ändern. Will man nicht eine Erbfeindschaft, wie sie jahrhundertlang zwischen Deutschland und Frankreich herrschte, gilt es auf eine Nachkriegsordnung hinzuwirken, die mindestens eine friedliche Koexistenz ermöglicht.

[1] Der damalige georgische Präsident Saakaschwili hatte das Angebot des NATO-Gipfels vom April 2008, die Ukraine und Georgien in die Allianz aufzunehmen, als Blankoscheck interpretiert und im August versucht, die abtrünnige Provinz Süd-Ossetien militärisch zurückzuerobern. Der Angriff wurde durch russische Truppen zurückgeschlagen, die – damals unter der Präsidentschaft Medwedjews – dann in Richtung Tiflis vorrückten. Der von Sarkozy vermittelte Kompromiss stellte den status quo ante her.

Dieser Beitrag erschien zuerst [bei Makroskop](#), hier mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Klaus Gärtner gestorben

Leider erreichte uns in der Phase der Fertigstellung des **TENDENZ** die traurige Nachricht, dass Klaus Gärtner am vergangenen Freitag in Kiel verstorben ist. Klaus war Jahrgang 1945, Abgeordneter des Deutschen Bundestages von 1976 bis 1983. Er hielt die Rede für die Gruppe der linksliberalen Abgeordneten, die sich 1982 gegen den Koalitionswechsel der FDP und das Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgebaut haben. Und er trat zusammen mit den anderen Atomkraftgegnern im Bundestag gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar an. Nach dem Austritt aus der Fraktion war er im Entwicklungsdienst und dort vor allem in Saudi-Arabien aktiv. Später war Klaus, der nie aus der FDP ausgetreten ist, Chef der Staatskanzlei von Ministerpräsidentin Heide Simonis in Kiel und einer der Architekten der dortigen Rot-Grünen Koalition. Seiner Frau und seinen Kindern gilt unser Mitgefühl und herzliches Beileid. Über näheres werden wir Euch im Rahmen des Möglichen zeitnah informieren.

Vor 100 Jahren bei Jungdemokraten

Kurz nach der Gründung der Jungdemokratischen Vereine und Bewegungen 1919 begann sich die Organisation weiter zu politisieren. Auf dem 3. Reichsjugendtag in Kassel 1922 fand die weitere Politisierung des bis dato eher aus lockeren Gesprächskreisen bestehenden Verbandes ihren Niederschlag. Unter dem Motto "Durch politische Erneuerung zur politischen Freiheit" wurde Politik zur Kernaufgabe erklärt, was auf den Widerstand der "Freideutschen" traf. Die politische Arbeit wurde nun gezielter auf die DDP ausgerichtet, wie das "Echo der jungen Demokratie" 1922 beschreibt: *"Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die Deutsche Demokratische Partei immer programm- und ideentreuer zu machen...Und wenn die Deutsche Demokratie morgen oder übermorgen ihr Programm verlöbe, sich selbst aufgabe, müßte und würde ihr allerdings aus unserer Jungdemokratie schärfste Gegnerschaft erwachsen."*

Die Folgenden Dokumente stammen aus einer Sammlung im Vorlass Lothar Fuhlrott (FNS-Archiv):

Waldschmidt-Koll sagt q. N. 1922

- 1 -

Waldschmidt-Koll
ersten Höhepunkt erfuhr die demokratische Jugend 1922. Vielen bedeutete der Reichsjugendtag, der zu Pfingsten über 1000 Teilnehmer nach Kassel lockte, das Erlebnis ihrer jungdemokratischen Zeit überhaupt. Er tue sich schwer, trug einer von ihnen^{zusammen} seiner Direner Gruppe später vor, wiederzugeben, wie ihn diese "herrliche Tagung im tiefsten bewegt" habe, welcher "Geist uns in Kassel durchdrungen und begeistert" habe. (Titel)

In den Jahren 1919 bis 1922 hatte sich der Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugendvereine organisatorisch konsolidiert; Mitte 1922 sollen es 30 000 Mitglieder gewesen sein. Immer deutlicher aber wurde die Herausbildung zweier im Grunde unvereinbarer Richtungen.

Die heute fast legendäre Jugendbewegung hatte den Krieg nicht unversehrt überstanden. Das "Fronterlebnis", die revolutionären und konterrevolutionären Wirren hatten sie ihrer heilen Welt, ihres Glaubens an Jugend pur, fern von Politik und wilhelminischem Mief, beraubt und sie, wie die deutsche Gesellschaft insgesamt, in verfeindete Lager zerlegt. Die Freideutsche Jugend, die als Kern der Jugendbewegung 1913 entstanden war und die berühmte Meißner-Formel - Jugend "aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung und mit innerer Wahrhaftigkeit" zu sein - zu ihrer Existenzgrundlage gemacht hatte, zerfiel bis 1923 ganz und gar. Ihre Ideen jedoch, die Ideen der Jugendbewegung, fanden zunehmend Eingang in die politischen Jugendgruppen aller Schattierungen, von der Sozialistischen Arbeiterjugend bis zum Bismarckbund.

Auch in den Deutschen Demokratischen Jugendvereinen drängte neben den allmählich verschwindenden Altliberalen, vor allem aber neben denen, die sich, insbesondere natürlich in der Deutschen Demokratischen Partei, im politischen Kampf für eine bessere Republik engagierten, eine dritte Gruppe nach vorne, der "Freideutsche" Flügel um Leute wie Hans Mühle, Franz Zwilgmeyer, Friedrich Dessauer oder Franz Eichenberg. Sozial und demokratisch, "links" wollten sie auch sein, zugleich aber parteipolitisch ungebunden. Tagespolitik und Parteiprogramme interessierten sie nur wenig; sie glaubten an eine durch gleiche geistige und sittliche Haltung verbundene freie Jugend. Auf einen Nenner gebracht: die Freideutschen wollten einen neuen politischen Stil, einen neuen Menschen, die Aktivisten eine neue Politik.

Die Freideutschen hatten ihre Schwerpunkte vor allem in Ostpreußen, Bayern, Hamburg, Sachsen und Heesen. Von ihnen getragene Ortsvereine hießen meist (Ost)Deutsche Freischar wie im ostpreußischen Insterburg oder Demokratische Jungschar wie in Frankfurt am Main. Gelegentlich - wie im September 1922 in Sachsen - kam es sogar zur Gründung konkurrierender Verbände.

Im Dezember 1920 stellte ein Vertretertag in Nürnberg klar, daß der Reichsbund es ablehne, Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Partei zu sein; man begreife sich als deutsch-demokratische Jugendbewegung, die allen offenstehe, die nationalen, demokratischen, sozialen und republikanischen Geistes seien. Ein Dreivierteljahr später luden die bayrischen Jungdemokraten um Otto Stündt und Julie Meyer zu einem Treffen ins oberfränkische Kronach. Etwa 200 Jungdemokraten (und Parteiprominenz wie Theodor Heuß) aus dem ganzen Reich und aus allen Strömungen diskutierten eine Woche lang Grundfragen der Demokratie, der Kultur, der Jugend. Trotz der einhellig gelobten guten Arbeitsatmosphäre war man sich hinterher aber nur über eines klar: die beiden Flügel - die Aktivisten, die Freideutsche - trennte nicht das Detail, sondern Wesen und Ziel.

In diese Zeit, als man (noch) auf eine gemeinsame Zukunft unter einem Dach hoffte, fällt der Reichsjugendtag des Jahres 1922. Schon die Wahl Kassels zum Tagungsort spiegelt den Einfluß der Jugendbewegung wider. Hier, im thüringisch-hessischen niedersächsischen Grenzgebiet, in einem Radius von 100 km um Eisenach befinden sich ihre Meilensteine: Hoher Meißner, Burg Ludwigstein (beherbergt heute das Archiv der Jugendbewegung), Kronach, Hofgeismar, Jena, Göttingen. Und unübersehbar die Reminiszenz an das Treffen der Freideutschen Jugend auf dem Hohen Meißner 1913, wenn die Jungdemokraten 1922 zum Höhepunkt und Abschluß ihrer Tagung auf den Dörnberg ziehen, der bei klarer Sicht einen Blick auf den kaum 20 km entfernten Meißner gewährt.

Doch der Reihe nach. Zum Auftakt wurde am Pfingstsonntagabend im Staatstheater eine Sonderaufführung von Goethes Egmont geboten, ein "Willkommensgruß der Casseler Jungdemokraten ihren Freunden aus dem Reich". Den Sonntagmorgen eröffneten Sportwettkämpfe. Daran schlossen sich zwei "vaterländische Kundgebungen": für die Grenzgebiete im Osten und für die besetzten Gebiete im Westen.

Den Rest des Vormittags nahmen die internen Tagungen der 9 Gauverbände in Anspruch. Die meisten verbrachten den sonnigen, heißen Tag aber damit, sich in der Kunstausstellung in der Orangerie und in der zu Ehren der Jungdemokraten "festlich geschmückten und beflaggten Stadt" umzusehen.

An Nachmittag versammelten sich die gewählten Vertreter zur Reichstagung. In seinem Rechenschaftsbericht betonte der seit Dezember 1920 amtierende Vorsitzende Heinrich Landahl noch einmal, die demokratische Jugend sei keine Parteijugend mehr, sie sei "in die Reihe der deutschen Gesamtjugendbewegung eingetreten"; entsprechend sei ihre "Arbeit nicht den Fragen des Tages gewidmet, sondern der Erweckung politischen Pflichtbewußtseins und der Erziehung im Gedanken der Demokratie". Man wolle "politische Menschen und Republikaner erziehen". Damit auch die Aktivisten sich nicht enttäuscht fühlten, griff Landahl nach diesen freideutschen Bekenntnis⁽⁴⁾ die Naumannsche Themenkiste. "Kümmert Euch um die sozialen Fragen; das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern droht statt der erhofften Versöhnung sich wieder zu verschärfen! Kümmert Euch um die besetzten Gebiete: das ist nationale Arbeit!" Die anschließende Neuwahl des Vorstandes bestätigte Landahl und seinen Vize Otto Stündt; neu aufgenommen wurde u.a. Hans Muhle als Repräsentant der Freideutschen.

Um 20 Uhr trafen sich alle zum "Waterländischen Festabend" in der Stadthalle, um zwei Festreden des Kasseler DDP-Vorsitzenden Dr. Friedrich und vier Reichstagsabgeordneten Gertrud Bäumer zu hören. "Musikveranstaltungen wechselten mit Wandervogel- und Bauerntänzen und gemeinsamem Gesang", und insbesondere gedachte man nochmals "der besetzten Gebiete und des deutschen Rheinstromes". Zum effektvollen Höhepunkt des Tages geriet der Fackelzug, der sich am späten Abend von der Stadthalle bewegte, voran eine Musikkapelle, dahinter zahllose schwarz-rot-goldene Vereinswimpel und Gaubanner. "Auf dem Friedrichsplatz bildeten die Tausende schließlich einen gewaltigen Kreis, Banner und Wimpel zusammengestellt, deren kräftige Farben aufleuchteten im Widerschein des Flammenstosses, auf den die Fackeln zusammengeworfen waren."

Nach dem Frühstück am nächsten Morgen der bereits erwähnte "lange Zug junger Menschen, frisch ausschreitend und waterländische und demokratische Lieder singend", zum Dörnberg. Auf dem Gipfel lauschten sie den "kräftigen Stimmen der jungen Führer, die ihrer Anhängerschaft die Richtlinien gaben für das

erziehende politische Arbeiten des kommenden Jahres." Als erster sprach von der schwarz-rot-golden geschmückten Rednertribüne Ernst Lemmer über die "Grundlagen des heutigen Deutschland". Hans Mühle, der Freideutsche, suchte den "Neuen politischen Menschen" zu zeichnen. Heinrich Landahl erörterte das "Führerproblem in der Demokratie", Julie Meyer das Verhältnis von "Staat und Wirtschaft". Wilhelm Mommsen vom Reichsbund Demokratischer Studenten verlangte "Demokratische Nationalgesinnung", und zum Schluß untersuchte Otto Stündt das "Religiöse Element im Freiheitgedanken". "Mit der Wimpelweihe und dem Absingen des Liedes 'Deutschland, Deutschland über alles' fand die in allen Teilen wohlgelungene Tagung einen würdigen Abschluß."

Was kaum einer der begeisterten Teilnehmer zu diesem Zeitpunkt wahrhaben wollte: Kassel markiert nicht nur den Höhepunkt, sondern auch den Anfang vom Ende der "romantischen" Phase des Reichsbundes. Schon ein Jahr später folgte die unvermeidliche Klärung.



Prof. Dr. Julie Meyer, 1938 in die USA emigriert, spricht vor dem Pfingsttreffen der Jungdemokraten 1922